

(Foto: flickr)

ABKASSIEREN IM WALD

Pilz-Gebühr: Angriff auf Wegefreiheit

Wandertourismus in Gefahr. Auch „Gipfelsteuer“ stand bereits mehrmals zur Diskussion.

„Betreten verboten!“? Großgrundbesitzer wie Prinz Alfred von Liechtenstein stoßen Erholungs- und Schwammerlsuchende vor den Kopf. Sogar ein Habsburger exponiert sich in der Sache.

Unter dem Vorwand, gegen gewerbsmäßige Schwammerlsucher, die die Wälder von Schwammerln leerplündern, vorgehen zu wollen, plant Großgrundbesitzer eine saftige Schwammerlsuch-Gebühr im Koralmbereich. Nach wütenden

Protesten zahlreicher Hobby-Sammler und Wanderer ist sie vorläufig ausgesetzt

Doch der Trend, die im Forstgesetz festgeschriebene Wegefreiheit zu unterlaufen, hält an. Jürgen Rossol, Ex-Stubenberghaus-Pächter am

Schöckel und selbst begeisterter Wanderer und Kletterer, stellt fest: „Seit Jahren wird von Großgrundbesitzern versucht, den Wandertourismus zu behindern. Beliebte dabei das Umwelt-Argument. Einige Touren im Grazer Bergland sind für Kletterer nicht mehr begehbar. Unter dem Vorwand des Umweltschutzes werden Erholungssuchende systematisch „hinausgeschützt“.

Sinnvoll ist nur ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Naturschutz und Erholungsbedürfnis der Bevölkerung. Rossol: „Das Schwammerlsuchen ist ein uraltes Gewohnheitsrecht in der Steiermark. Dass es einige übertreiben, mag sein. Ich halte es aber eher für die Ausnahme.“



Jürgen Rossol vom Alpenverein warnt vor einer Einschränkung der Wegefreiheit.

Hände weg vom Ilisu-Staudammprojekt!

Ein Staudammprojekt am Tigris in der Osttürkei, das mit österreichischem Geld finanziert wird, bringt Gefahren für Menschen und Umwelt.



Stift Admont fluten?

Stellen Sie sich vor: Ein Konsortium aus türkischen, saudi-arabischen und iranischen Banken und Firmen verfolgt ein Staudammprojekt im Gesäuse. Der Staudamm bei Hieflau wird 135 m hoch. Die Stauffläche wird 313 km² groß. Das gesamte mittlere Ennstal verschwindet im Wasser. Auch

das Stift Admont mit seiner weltberühmten Klosterbibliothek. Die Menschen zwischen Hieflau und Stainach werden zwangsweise ausgesiedelt.

„Völlig undenkbar!“, werden Sie sagen. Und doch: Unter genau diesen Vorzeichen ist das Ilisu-Dammprojekt in Südanatolien geplant. Unter tatkräftiger Beteiligung Österreichs.

Im Osten, an der Grenze zu Syrien und zum Irak soll das Staudammprojekt „Ilisu“ um 1,2 Milliarden Euro aus der Erde gestampft werden.

Wegen des Projektes werden die gut 15.000 Bewohnerinnen und Bewohner der 11.000 Jahre alten Stadt Hasankeyf – sie verschwindet unter dem Stausee – ausgesiedelt. Zwangsweise, denn die

Menschen wollen von sich aus nicht weichen, bekommen für ihr Land auch kaum eine Entschädigung. Aber auch die Natur wird zerstört.

Dazu kommt, dass die Türkei mit dem gewaltigen Stausee Syrien und dem Irak das Wasser abdrehen kann, Kriegsgefahr ist vorprogrammiert.

Profitieren vom Unternehmen wird die VA Tech Hydro Weiz, ein Teil der Andritz AG. Sie soll die Turbinen liefern. Die steirische Friedensplattform fordert, dass sich Österreich aus dem Projekt zurückzieht. Der Finanzminister muss die Export-Kredithaftung zurücknehmen! So könnten viel Leid und Konflikte um das Wasser des Tigris vermieden werden. **Links und Lesestoff:** <http://www.stopilisu.com>